



## NIEDERSCHRIFT

über die nicht öffentliche Sitzung des Sonderausschusses  
„Namen von öffentlichen Einrichtungen“

am 07. Juli 2015

Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Michaela Apel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 16:30 Uhr**

**Ende: 17:15 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. ./.)

(Drucksachenband ./.)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## nicht öffentliche Sitzung

0039 11-F-33-0012

Namen von öffentlichen Einrichtungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011

-

Stadträtin Scholz stellt die umfangreiche Liste der untersuchten öffentlichen Einrichtungen kurz vor.

Stv. Schickel bedankt sich für die umfangreiche Arbeit.

Diesem Dank schließt sich Stv. Dr. Wittkowski an. Nach seiner Auffassung drängt sich nichts auf, was unter die vom Ausschuss festgelegten Kriterien fällt. Durch den geplanten Neubau der Rudolf-Dietz-Schule wird sich in absehbarer Zeit eine Lösung bieten.

Stv. Kisseler teilt mit, dass seine Fraktion beantragen wird, die Schule unabhängig von einem Neubau umzubenennen.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass eine Fraktion von Anfang dafür plädiert hat, dass der Name Rudolf Dietz für eine Schule ungeeignet ist. Er weist auf das Recht der Ortsbeiräte auf Benennung von öffentlichen Gebäuden und Straßen hin. Wenn es noch einen 2. belasteten Namen gäbe, sollten beide beseitigt werden. So hat die Fleißarbeit des Stadtarchivs ergeben, dass neben Dietz keine weitere belastete Person von diesem Gewicht als Namensgeber für ein Gebäude herangezogen wurde. Für ihn zähle der Antisemitismus als Kriterium. Er habe die Einstellung des Ortsbeirats Naurod nicht nachvollziehen können und halte sie für unlogisch (ein belasteter Name ist immer belastet), würde sie aber respektieren. Er würde vor allem auch anerkennen, was die Kolleg/innen der Schule geleistet hätten: man habe den Schüler/innen diese Zeit kindgerecht nahegebracht. Leider würde sich der Neubau jetzt verzögern.

Stadträtin Scholz verweist zu der letzten Aussage von Stv. Schickel auf die Haushaltsberatungen.

Stadtverordnetenvorsteher Nickel berichtet, dass 2003 die Person Rudolf Dietz über Naurod hereingebrochen sei. Man habe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geforscht. Man habe keinen Hehl daraus gemacht, dass der Ortsbeirat die Nazi-Mitgliedschaft kritisiert und weit von sich gewiesen habe. Man habe versucht, den Heimatdichter auf der einen Seite (über 1000 Gedichte) zu sehen, aber auch die problematische Seite nicht ausgeblendet. 2004 wurde Prof. Steinbach um Stellungnahme zur Person Dietz gebeten und das Gutachten auch in die weiteren Überlegungen mit einbezogen. Es habe 2 Abstimmungen im Ortsbeirat über die Namensänderung gegeben, die beide (einmal mit einer Gegenstimme, einmal einstimmig) abgelehnt wurden.

Alle Mitglieder des Ortsbeirats Naurod haben aktuell ein Schreiben an den Oberbürgermeister und Stadträtin Scholz verfasst und unterzeichnet, in dem der Vorschlag zur Umbenennung nach Fertigstellung des Neubaus festgelegt wurde.

Es ging ein tiefer Riss durch Nauroder Familien wegen der bisherigen Namensgebung. Er möchte diese Situation beenden und versucht, einen Weg zu finden, den beide Seiten beschreiten können -

### Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

die Nauroder Bevölkerung und das Stadtparlament. Es sei durch den geplanten Neubau eine gute Gelegenheit gegeben, Frieden herbeizuführen. Er hoffe sehr, dass es zu dem Neubau komme.

Stadträtin Scholz teilt mit, dass der Neubau der R.-Dietz-Schule auf Platz 1 der Schulbauliste stehe. Aufgrund der Eckwerte zum Haushalt könne man zurzeit nicht so wie geplant weitermachen. Das heiße aber nicht, dass der Neubau nicht komme.

Stv. Kisseler hält es für positiv, dass sich die Schule mit dem Thema beschäftige. Aber die mit dem Neubau verbundene Umbenennung sei keine Brücke, über die die Grünen gehen könnten. Selbst wenn die Schule auf Platz 1 der Prioritätenliste stünde, wisse man nicht, wie sie abgearbeitet würde.

Stadträtin Scholz unterstützt die Aussage von Stv. Kisseler, dass viel in der Schule passiert sei. Man habe die Diskussion und Vermittlung des Themas über die Schule hinaus weitergetragen - das habe eine positive Wirkung.

Stv. Seipel-Rotter fragt nach, was denn konkret befürchtet wird, wenn die Umbenennung jetzt stattfindet.

Vors. Apel kann verstehen, dass man die Auffassung nach sofortiger Umbenennung vertritt. Sie plädiert aber dafür, die Rechte der Gremien beachtet. Der Ortsbeirat vor Ort könne am besten feststellen, ob Akzeptanz hergestellt werden kann oder nicht. Sie würde den Namen sofort streichen, aber die rechtliche Lage sei eine andere. Man sollte an der Üblichkeit festhalten und wegen dieses Einzelfalls dem Ortsbeirat nicht das wichtige Recht der Namensgebung nehmen.

Stv. Weck kann sich vorstellen, dass die Befindlichkeiten sehr unterschiedlich sind. Er komme aus AKK und auch hier würden Außenstehende manches nicht verstehen. Auch er plädiert dafür, die Rechte des Ortsbeirates nicht zu beschneiden. Damit könne man mehr Schaden anrichten, als man Gutes tut.

Auch Stv. Dr. Wittkowski möchte die Rechte der Ortsbeiräte nicht beschneiden. Man könne nichts erzwingen. Man habe doch jetzt einen Kompromissvorschlag. Welchen Sinn solle es haben, darauf zu beharren, die Schule jetzt umzubenennen.

Stv. Schuchalter-Eicke ist verblüfft, was in dieser Sitzung beraten werde. Warum tage man überhaupt. Es stimme schon, dass die Namensgebung bei den Ortsbeiräten liege. Stadtverordnetenvorsteher Nickel kann sich die Umbenennung nach einem Neubau vorstellen und sein Wort habe doch Gewicht und es läge doch an ihm, eine Einigung herbeizuführen.

Vors. Apel findet, dass es nicht die feine Art sei, etwas anzustoßen und dann zu gehen. Man habe noch 5 Minuten bis zur regulären Sitzung.

Stv. Schickel bedauert, dass jetzt ein Akzent gesetzt würde, ohne über die Beschlussfassung Bescheid zu wissen. Damit sei die Grenze zur Beleidigung erreicht. Er sei in Naurod vor Ort gewesen und könne alles nachvollziehen. Herr Anderle (Ortsbeiratsmitglied der Grünen) lief Gefahr, tätlich angegriffen zu werden. Es sei schwer gewesen, die Balance zu halten. Seine Haltung (von Stv. Schickel) sei von dem festen Versprechen bestimmt, dass eine Umbenennung nach dem Neubau vorgenommen wird.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Kisseler möchte, dass die Arbeit, die in den bisherigen Beratungen steckt, nicht umsonst gewesen ist.

Er möchte erreichen, dass die erarbeiteten Kriterien für die Benennung von Gebäuden sollen auch für die Zukunft Relevanz haben.

Stv. Dr. Wittkowski gibt anschließend die Haltung der CDU wieder: aus der eingereichten Liste ergeben sich keine öffentlichen Gebäude, die zwingend umbenannt werden müssten. Bei R. Dietz könne man anderer Meinung sein, aber der Ortsbeirat habe eine Lösung vorgeschlagen. Er sehe keinen Grund, den Sonderausschuss ein weiteres Mal einzuberufen. Die Arbeit sei getan und der Sonderausschuss könne aufgelöst werden.

Stv. Kisseler beantragt, die Rudolf-Dietz-Schule umzubenennen und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und der Stadtverordnetenversammlung die Liste des Stadtarchivs vorzulegen.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Der Sonderausschuss stimmt folgende Empfehlung ab:

Der Sonderausschuss "Namen von öffentlichen Einrichtungen" empfiehlt dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration, der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

- I. Der folgende, vom Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ erarbeitete Kriterienkatalog, wird dem Magistrat (Dezernat I) mit der Bitte überlassen, diese Kriterien bei zukünftigen Namensgebungen von öffentlichen Gebäuden (nicht Straßen) zu berücksichtigen:

Kriterienkatalog:

Eine städtische Einrichtung ist umzubenennen, wenn

1.) der Namensgeber aufgrund seines Lebensalters in rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnissen gelebt hat (mindestens ab Weimarer Republik)

und

2.) sich dennoch in Wort oder Tat gegenüber Menschen in einer Art und Weise geäußert bzw. verhalten hat, dass die Unverletzlichkeit deren Menschenwürde bestritten wurde, sei es aufgrund ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, Religion, sexuellen Ausrichtung, Geschlecht, Zugehörigkeit zu Minderheiten (insb. Antisemitismus) und/oder einer Behinderung,

und / oder

3.) Krieg oder Gewalt als Selbstzweck befürwortet hat.

- II. Der Stadtverordnetenversammlung werden keine öffentlichen Gebäude zur Umbenennung vorgeschlagen.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

III. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ aufgelöst hat.

Einstimmig

**0040            15-V-05-0004**

Sonderausschuss "Namen von öffentlichen Einrichtungen"

Der Bericht des Magistrats (Dezernat V) vom 8. Juni 2015 wird zur Kenntnis genommen

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .08.2015

**Vorsitzende**

**Schriftführer**

**Weitere Schriftführerin**

Apel

Weck

Koba